



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Landesvorsitzender Peter Hammen, Schlossküchenweg 27, 98574 Schmalkalden, Fon: 03683/402048

An die Fraktionen im Thüringer Landtag und die Landesregierung

Protest vor dem Thüringer Landtag am 23.03.2011 gegen die geplanten Neuregelungen bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

Am 23./24. März 2011 wollen die Abgeordneten von CDU und SPD im Thüringer Landtag ein skandalöses Gesetz der Landesregierung zur rückwirkenden Erhebung von Straßenausbaubeiträgen beschließen. Dies wollen die betroffenen Bürger wegen erheblicher rechtlicher Bedenken verhindern.

Die Bürgerallianz, der Dachverband von über 100 Thüringer Bürgerinitiativen für sozial-gerechte Kommunalabgaben, hat zu diesem Protest gerufen.

Der Protest will die Abgeordneten von CDU und SPD nochmals auffordern, diesen Gesetzentwurf nicht zu beschließen. Der Gesetzentwurf ist nicht rechtssicher, nicht bezahlbar und nicht bürgernah!!!

Es geht bei diesem Gesetz um sehr viel Geld der Bürgerinnen und Bürger.

Bis jetzt wurden bereits **600** Millionen EUR an Straßenausbaubeiträgen von den Betroffenen gezahlt.

Durch die geplante rückwirkende Erhebung der Straßenausbaubeiträge bis zum Jahr 1991 sollen weitere rund **260** Millionen EUR von den Bürgerinnen und Bürgern für längst abgeschlossene Straßenbaumaßnahmen abkassiert werden.

Und damit nicht genug. In den nächsten Jahren drohen weitere Straßenausbaubeiträge in Höhe bis zu **1,2** Milliarden EUR (!). Dieses ungerechte Abzocken muss gestoppt werden, denn es gibt Alternativen.

Auf Anregung der Bürgerallianz haben Bündnis 90/Grüne und DIE LINKE einen realisierbaren **Gesetzentwurf zur Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge** in den Thüringer Landtag eingebracht, der das Land Thüringen nicht zusätzlich finanziell belastet.

Die abwassertechnischen Investitionen können durchaus vollständig über die Abwassergebühren refinanziert werden, ohne dabei die Gebührenzahler finanziell zu überfordern.

Dabei ist es aus Sicht der Bürgerallianz notwendig, die noch geplanten Abwasserinvestitionen in Höhe von über 3 Milliarden EUR kritisch auf ihre Notwendigkeit zu prüfen.

Zur Finanzierung des kommunalen Straßenausbaus soll anstelle der Straßenausbaubeiträge eine Möglichkeit zur Erhebung einer so genannten Infrastrukturabgabe (das bedeutet praktisch: ein wiederkehrender Beitrag, der analog der Grundsteuer berechnet wird!) für die Kommunen geschaffen werden.

Ob und in welcher Höhe die Gemeinden diese Infrastrukturabgabe erheben, sollen die Kommunen selbst entscheiden können und dies ohne Zwang des Landes.

Die Bürgerinitiativen sind empört, dass sich CDU und SPD der Diskussion mit den Betroffenen verweigerten, indem sie eine öffentliche Anhörung zu den beiden Gesetzentwürfen ablehnten.

Unser heutiger Protest soll dazu dienen, die CDU und SPD zu überzeugen, sich dem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern doch noch zu stellen und den Gesetzentwurf der Landesregierung nicht zu beschließen.

Wir fordern von CDU und SPD:

1. Weg mit den Zwangsbeiträgen für Abwasser- und Straßenausbauinvestitionen!
2. Keine rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen!
3. Ja zum Gesetzentwurf von Bündnis 90/Grüne und DIE LINKE!
4. Nein zum Gesetzentwurf der Landesregierung!

Wir fordern, dass endlich die Ungerechtigkeit bei Kommunalabgaben in Thüringen beseitigt wird.

Wir fordern deshalb die Einhaltung bestehender Gesetze, wie Grundgesetz, Kommunalabgabengesetz und Gesetz zur kommunalen Selbstverwaltung!

Finanzierungsprobleme dürfen nicht zur Rechtsbeugung bzw. Willkür führen!

Gez. Peter Hammen

Landesvorsitzender der Bürgerallianz Thüringen e.V. , am 23.03.2011